

## II. Restauration und Revolution 1815-1848

## Zeittafel

### 1814

**November** Beginn des Wiener Kongresses mit Vertretern von etwa 200 Staaten, Städten, Herrschaften und Körperschaften, darunter vor allem die Bevollmächtigten der acht Signatarmächte des 1. Pariser Friedens: Österreich, Preußen, Rußland, England, Frankreich, Spanien, Portugal und Schweden.

### 1815

**8.5.** Unterzeichnung der Wiener Kongreßakte. Gründung des Deutschen Bundes (ein Staatenbund mit 35 souveränen Fürsten und vier Freien Städten) unter Österreichs Leitung mit der „Deutschen Bundesakte“ als Grundgesetz.

Ende des Wiener Kongresses.

**12.6.** Gründung der „Allgemeinen Deutschen Burschenschaft“ in Jena.

**26.9.** „Heilige Allianz“ zwischen Rußland, Österreich und Preußen, der alle europäischen Mächte mit Ausnahme des Papsttums und der Türkei beitreten; für England allerdings unterzeichnet nur der Prinzregent persönlich.

### 1817

**18.10.** Wartburgfest mit 500 Abgesandten von zwölf deutschen Universitäten zum Gedenken des Reformationsjahres 1517 und der Völkerschlacht bei Leipzig 1813.

### 1818

**19.10.** Verabschiedung der Verfassung der Allgemeinen Deutschen Burschenschaft.

### 1819

**23.3.** Ermordung August von Kotzebues durch Karl Ludwig Sand, einen Theologie-Studenten und Jenaer Burschenschaftler.

**20.9.** „Karlsbader Beschlüsse“ (Maßnahmen gegen „demagogische Umtriebe“, u.a. strenge Überwachung der Universitäten und verschärfte Zensur zur Bekämpfung der nationalen und liberalen Bewegung im Deutschen Bund; gültig bis 1848).

### 1820

**15.5.** Wiener Schlußakte (Ergänzung und Kodifizierung der Deutschen Bundesakte von 1815).

### 1830

**27.-29.7.** Juli-Revolution in Frankreich; der Herzog Louis Philippe von Orléans legt als neuer „Bürgerkönig“ einen Eid auf die Verfassung ab.

Übergreifen der Revolution auf Belgien, die Schweiz, die mitteldeutschen Staaten, Polen und Mittelitalien.

### 1832

**22. 3.** Tod Johann Wolfgang von Goethes in Weimar.

**27. 5.** Hambacher Fest.

### 1833

**3. 4.** Erstürmung der Frankfurter Hauptwache durch Burschenschaftler und Bürger.

### 1834

**1. 1.** Inkrafttreten der Bestimmungen über den Deutschen Zollverein.

## 1837

1. 11. Aufhebung der hannoverschen Verfassung durch König Ernst August.

18. 11. Protest der „Göttinger Sieben“ gegen die Aufhebung der hannoverschen Verfassung.

## 1839-41

Orientalische Krise. Krieg zwischen der Türkei und Ägypten, dabei Unterstützung Ägyptens durch Frankreich und der Türkei durch England und Rußland. Nach Verständigung zwischen England, Rußland, Österreich und Preußen Ausschaltung und diplomatische Niederlage Frankreichs und Forderung des Ministerpräsidenten Thiers, als „Ablenkungsmanöver“ das linke Rheinufer zu annektieren.

## 1840

Juni Friedrich Wilhelm IV. wird König von Preußen.

## 1841

26. 8. Hoffmann von Fallersleben dichtet auf Helgoland das „Lied der Deutschen“.

## 1844

Juni Aufstand der schlesischen Weber in Peterswaldau und Langenbielau.

## 1846

8. 7. „Offener Brief“ König Christians VIII. von Dänemark, in dem dieser erklärt, zur Sicherung des dänischen Gesamtstaates sei Schleswig (entgegen dem alten Recht der

Herzogtümer Schleswig und Holstein) der Erbfolge des dänischen Königsgesetzes unterworfen und untrennbar mit Dänemark verbunden. Erregung in Schleswig-Holstein und ganz Deutschland.

## 1847

11. 4. Eröffnung des Vereinigten Landtags in Preußen.

## 1848

22.-24. 2. Februar-Revolution in Frankreich.

März Übergreifen der Revolution auf Deutschland. In den Mittelstaaten Berufung von Politikern der liberalen und nationalen Opposition in die Regierungen („Märzminister“).

5. 3. Heidelberger Versammlung: Führer der Opposition beschließen Einberufung eines „Vorparlaments“ nach Frankfurt.

12. 3. Revolution in Wien. Sturz Metternichs (13.3.).

18. / 19. 3. Revolutionskämpfe in Berlin. Einlenken Friedrich Wilhelms IV.: Proklamation „An meine lieben Berliner!“

21. 3. Proklamation des preußischen Königs „An Mein Volk und an die deutsche Nation!“ mit der Feststellung, Preußen gehe fortan in Deutschland auf.

22. 3. Proklamation Friedrich Wilhelms IV. mit dem Versprechen, Preußen zu einem liberalen Verfassungsstaat auszubauen. Verneinung des Königs vor den März-Gefallenen.

22. 3. Berufung eines neuen Ministeriums durch den neuen König von Dänemark, Friedrich VII., mit maßgeblicher Beteiligung der Eiderdänen. Gefahr der Eingliederung Schlesiens in den dänischen Staatsverband.
24. 3. Bildung einer Provisorischen Regierung der Schleswig-Holsteiner in Kiel; Bekanntnis zu den „Einheits- und Freiheitsbestrebungen Deutschlands“.
31. 3. - 3. 4. Beratungen des Vorparlaments in Frankfurt.
4. 4. Verkündung der Beschlüsse des Vorparlaments; Einberufung einer verfassunggebenden Versammlung nach Frankfurt.
12. 4. Anerkennung der Provisorischen Regierung in Kiel durch den deutschen Bundestag.
12. - 20. 4. Republikanische Erhebung unter Struve und Hecker in Baden.
28. 4. Vorlage eines „Entwurfs des deutschen Reichsgrundgesetzes“ durch 17 Vertrauensmänner der Bundesversammlung.
12. 5. Beschluß des deutschen Bundestages, Schleswig in den Deutschen Bund aufzunehmen, und Aufforderung an die deutschen Fürsten, dem Beschluß mit Waffengewalt zur Ausführung zu verhelfen; Einmarsch preussischer Truppen in Jütland.
18. 5. Eröffnung der Nationalversammlung in der Frankfurter Paulskirche.
19. 5. Wahl Heinrich von Gagern zum Präsidenten der Nationalversammlung.
22. 5. Zusammentritt der preussischen Nationalversammlung.
- 23.-26. 6. Blutige Straßenkämpfe in Paris (4000 - 5000 Tote).
- Ende Juli Ferdinand Freiligrath verfaßt sein Gedicht „Die Toten an die Lebenden“.
26. 8. Waffenstillstand von Malmö.
18. 9. Erhebung der Linken gegen die Frankfurter Nationalversammlung; Ermordung zweier Abgeordneter der Rechten. Aufstände im Rheinland sowie in Hessen, Thüringen, in der Pfalz und in Baden.
21. 9. Ausrufung der „Deutschen Republik“ durch Gustav von Struve in Lörrach.
24. 9. Niederlage der Freischärler Struves bei Staufen.
19. 10. Beginn der Verfassungsberatungen in der Paulskirche.
8. 11. Vertagung der preussischen Nationalversammlung in Berlin und Verlegung nach Brandenburg.
12. 11. Verhängung des Belagerungszustandes in Berlin.
5. 12. Königlicher Erlaß zur Gewährung einer Verfassung in Preußen, Auflösung der preussischen Nationalversammlung.

## 1849

27. 3. Annahme der Reichsverfassung durch die Nationalversammlung in Frankfurt.
28. 3. Ausfertigung der Reichsverfassung durch den Präsidenten der Nationalversammlung und Verkündung im Reichsgesetzblatt. Wahl König Friedrich Wilhelms IV. zum Deutschen Kaiser.

3. 4. Ablehnung der ihm durch eine Deputation der Nationalversammlung angetragenen Kaiserkrone durch Friedrich Wilhelm IV.
14. 4. Annahme der Reichsverfassung durch 28 kleinere deutsche Staaten.
4. 5. Appell der Nationalversammlung an die Regierungen, die Reichsverfassung in Kraft zu setzen.
7. 5. Ablehnung der Reichsverfassung durch Preußen; Androhung von Sanktionen für den Fall ihrer Inkraftsetzung gegen den Willen Preußens.
14. 5. Abberufung der preußischen Abgeordneten aus der Nationalversammlung. Abgeordnete anderer Länder folgen dem preußischen Beispiel und ziehen ebenfalls aus der Paulskirche aus.
26. 5. Appell der Nationalversammlung an das deutsche Volk, die Beschlüsse der Versammlung zu verwirklichen.
30. 5. Revision der preußischen Verfassung von 1848; Ersetzung des allgemeinen, geheimen und gleichen Wahlrechts durch ein Dreiklassenwahlrecht.
31. 5. Verlegung des Rumpfparlaments nach Stuttgart.
6. u. 16. 6. Beschlüsse der Stuttgarter Versammlung über die Absetzung des Reichsverwesers Johann und die Einsetzung einer Reichsregentschaft mit dem Ziel, die Reichsverfassung durchzuführen, ein Reichsheer aufzustellen und die Volksbewaffnung zu organisieren.
17. 6. Ausweisungsbeschluss der württembergischen Regierung an die Nationalversammlung.

Mit dem Sieg über Napoleon stand Europa am Beginn einer neuen Epoche. Der Kampf gegen die französische Vorherrschaft hatte elementare, bis dahin in dieser Form und in diesem Ausmaß unbekannt Leidenchaften der Völker entfesselt und — als Ergebnis des Ausgreifens der Französischen Revolution — die Legitimität des dynastischen Prinzips (der Herrschaft der Fürsten) grundlegend in Frage gestellt. Die Antworten, die nun gefunden wurden, fielen in den einzelnen europäischen Ländern jedoch höchst verschieden aus.

Einheitlich war allenfalls das allgemeine Anwachsen des Nationalismus in ganz Europa. Aber die dieser Bewegung zugrundeliegende geistige Orientierung drängte in beinahe gegensätzliche Richtungen, wobei sich eine Kluft vor allem zwischen Deutschland auf der einen und den westeuropäischen Ländern auf der anderen Seite auftat, die sich im Laufe des 19. Jahrhunderts immer mehr vertiefte. Zwar konnte man um 1800 auch in England und Frankreich eine Abkehr vom Rationalismus der Aufklärung beobachten; auch hier wandte man sich wieder traditionellen Werten zu, die dem Leben in der Gemeinschaft nach den Störungen der Revolutionszeit neuen Halt geben sollten, entdeckte gar, wie Hans Herzfeld einmal in bezug auf den jugendlichen Chateaubriand gesagt hat, „die poetische und moralische ‚Schönheit‘ des Christentums gegenüber der abstrakten Vernunft“. Aber man bewahrte hier im politischen Denken doch auch die Ideen von Liberalismus und Demokratie und behielt die Überzeugung, daß die Führung der Staatsgeschäfte nach Vernunftgesetzen geschehen und auf dem Prinzip der Autonomie des Verstandes beruhen müsse.

In Deutschland hingegen führte das philosophische und staatsphilosophische Denken im 19. Jahrhundert zu neuen, übrationalen Auffassungen des Zusammenhangs von Persönlichkeit, Staat, Nation und Religion. Dieses Denken war einerseits in seinem Menschheits- und Bildungsideal nicht national beschränkt, sondern universal — von der „letzten Einheit“ des Universalen und Nationalen überzeugt, wie Friedrich Meinecke in seinem 1908 erschienenen Buch *Weltbürgertum und Nationalstaat* nachgewiesen hat —, hielt andererseits aber die Nation für „entscheidend in der Vertretung allgemeingültiger menschlicher Werte“. Das war eine komplizierte philosophische Konstruk-

tion, die es erforderlich machte, dialektisch *beides in einem* zu denken, was sich in der zur Verkürzung neigenden, zur Vereinfachung drängenden politischen Praxis bald als unmöglich erwies. Weil die Erhebung gegen das revolutionäre und napoleonische Frankreich das nationale Denken in Deutschland nachhaltig gefördert hatte und auch nach dem Sieg ideologisch-politisch fortwirkte, und weil die Restauration nach 1815 den Gegensatz zwischen Deutschland und dem sich liberaler entwickelnden europäischen Westen im weiteren Verlauf des 19. Jahrhunderts und bis in das 20. Jahrhundert hinein noch verstärkte, wurde der Gedankengang auf die Überbetonung des Nationalen reduziert; das Element des Universalen rückte in den Hintergrund und wurde am Ende nahezu völlig vergessen.

Am Beginn des 19. Jahrhunderts waren die spätere Übersteigerung des Nationalismus und seine totalitäre Entartung im Nationalsozialismus natürlich noch nicht abzusehen. Nach dem Sieg über Napoleon hoffte man zunächst in den 39 deutschen Einzelstaaten einfach auf *Einheit und Freiheit*, ohne damit in der Regel weitergehende ideologische Ansprüche oder gar Großmachtstreben zu verbinden. Erwartungsvoll blickte man daher 1814 nach Wien, als dort im Herbst ein Kongreß der europäischen Fürsten und Staatsmänner eröffnet wurde, der Europa nach den Umwälzungen der Französischen Revolution und der napoleonischen Kriege territorial und politisch neu ordnen und in diesem Zusammenhang auch die „deutsche Frage“ klären sollte.